

Zahl der «Abgehängten» steigt

Alarmierende Zahlen aus der Sozialhilfe zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Neben grossen Infrastrukturprojekten will sich die VU auch den sozialen Problemen im Land annehmen.



Michael Winkler
Parteisekretär

«Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.» Diesen Satz hört man derzeit wieder des Öfteren. Besonders von Exponenten der FBP, wenn es ihnen darum geht, gegen das Bürgerpaket der VU zu schiessen. Keine Frage: Viele sind in den letzten Jahren dem Sparwahn verfallen – angesichts der gebetsmühlenartigen Wiederholungen im letzten Jahrzehnt ist das auch kein Wunder.

Sparen ist zweifellos sinnvoll

Sparen ist etwas sehr Gutes. Aber ab welchem Punkt ist Sparen nicht mehr sinnvoll? Wann ist genug gespart? Wie viel Geld will der Staat noch auf der hohen Kante horten, bevor die Bürger wieder etwas zurück bekommen? Sind Investitionen in der heutigen Zeit nicht auch für kommende Generationen wertvoll? Solche Fragen stellen sich die Menschen in Liechtenstein, während sie sich auch Sorgen um ihre Altersvorsorge machen. Die Menschen fragen sich, wie alt sie sein werden, wenn sie in Pension gehen. Sie fragen sich, ob sie mit dem, was sie in ihre Pensionskasse und die

AHV einzahlen, durchkommen werden.

Die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Börse haben gemeinsam für eine volle Staatskasse und deren Reserve gesorgt. Auch Krankenkassen pflegen munter weiter ihre Reserven. Man spricht heute von einem Reserven-Berg von über 70 Millionen Franken. Und das auf Kosten der Einwohner, die sich teilweise das Geld vom Mund absparen müssen. «Immer mehr Haushalte sind auf Sozialhilfe angewiesen», titelte am vergangenen Montag die Hauszeitung der FBP. Der Stillstand in der Sozialpolitik lässt drauf schliessen, dass der FBP und ihren Exponenten solche Entwicklungen egal sind. Kein Wunder, verlieren so die Menschen ihr Vertrauen in die Politik.

Sozialhilfe-Ausgaben steigen

Die Kosten für die wirtschaftliche Sozialhilfe lag vor zehn Jahren noch bei knapp 3,5 Millionen Franken. 2017 bereits über 9,8 Millionen. «Das ist nicht nur ein neuerlicher Rekordwert, sondern entspricht überdies einer Steigerung um 181 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Ausgaben um knapp 8 Prozent», so steht es im «Volksblatt». Handlungsbedarf orten aber Regierungschef und Co. lediglich bei

Infrastrukturmassnahmen. Neuerdings will gar der Gesellschaftsminister eine gescheiterte Privatklinik kaufen. Daran, dass Menschen in diesem Land ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können, ändert das freilich nichts.

Was ist der Zweck des Staates?

Vielleicht sollten die für die Volkswohlfahrt zuständigen Regierungsmitglieder vielleicht sorgsamer ihr eigenes Blatt lesen, bevor sie die Vaterländische Union dafür verurteilen, dass diese versucht, für die Bürger mehr möglich zu machen. Augenscheinlich geht es der FBP aber darum, gute Ideen zugunsten der Menschen im Land im Keim zu ersticken. Obwohl die Verfassung relativ deutlich ist in der Aussage, wofür der Staat da ist. «Die oberste Aufgabe des Staates ist die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt. In diesem Sinne sorgt der Staat für die Schaffung und Wahrung des Rechtes und für den Schutz der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes», steht unter Artikel 14 geschrieben. Keine Frage: Eine solide Staatskasse und ein Polster ist Voraussetzung für die Wahrnehmung dieses obersten Staatszwecks. Sparen ist wichtig, darf aber nicht Selbstzweck werden – schon gar

nicht, wenn die Zahl der «Abgehängten» in Liechtenstein stetig im Steigen begriffen ist. Mit dem Bürgerpaket will die VU hier Antworten auf brennende soziale Fragen finden. Die VU setzt sich für eine gesunde Staatskasse ein. Das beweist sie seit ihrem Bestehen. Von einer gesunden Staatskasse sollen aber in erster Linie die Menschen im Land profitieren – dafür steht die VU. Darum sollte man das eine tun, das andere aber nicht lassen. Das heisst: Sparen ja, aber ohne den Zweck des Staats zu vergessen. ■

Das VU-Bürgerpaket in Kürze

Den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückgeben

Nach der Sanierung des Staatshaushalts steht die Vaterländische Union klar für den Bürger ein:

- für mehr staatliches Engagement bei der AHV
- für ein gutes Leben im Alter
- für bezahlbare Krankenkassenprämien
- für Stärkung der Familien
- für ein Demografie-Prozent

«Weisses Rauschen» auf 1FLTV

Vergangene Woche sorgte auf 1FLTV das Interview mit Freie Liste Co-Chef Pepo Frick für grosse Verwunderung. Mit verdrehten Tatsachen ritt er diverse substanzlose Angriffe auf die VU.



Michael Winkler
Parteisekretär

Es war nicht nur die wenig «berauschende» Tonqualität, die das Interview von Pepo Frick störte. Auch die mangelnde Qualität der Vorwürfe, mit der er im Gespräch mit Karlheinz Ospelt die VU eindeckte, war befremdlich. Ausgerechnet der langgediente Polit-Fuchs bediente sich billigster sozialistischer Propagandamittel und verdrehte viele Tatsachen und streute damit falsche Informationen, die es richtig zu stellen gilt.

VU rettete die 13. AHV-Rente

Die üblichen Forderungen der Freien Liste, die Steuern zu erhöhen, durften natürlich nicht fehlen. Mit den elf Millionen aus dem Betriebsergebnis könne man keine grossen Investitionen tätigen. Zwar meinte der Co-Präsident der Freien Liste 10 Minuten später, dass man

das Finanzergebnis von 160 Millionen Franken doch für Zukunfts-Investitionen nützen könne, blieb hier aber wage. Besonders böseartig wurde Frick, als er die VU mit dem Bürgerpaket einer «Mogelpackung» bezichtigte und behauptete, dass sich die Union «Acht Jahre lang dafür einsetzte, den AHV-Staatsbeitrag zu kürzen». Offenbar hat Frick die Landtagsitzung am 12. Mai 2016 verpasst, als es um die Reform der AHV ging. Richtig ist, dass die VU mit koalitionsnäher notwendigen drei Stimmen dafür sorgte, dass die AHV weiterhin eine gesetzliche Grundlage hat. Ansonsten hätte es keinen Staatsbeitrag mehr gegeben. Richtig ist aber auch, dass die VU zum einen dafür gesorgt hat, dass die von Gesellschaftsminister Pedrazzini geplante Streichung der 13. AHV-Rente bereits in der Vernehmlassung aus der Vorlage geflogen ist. Ausserdem wollte die VU einen anderen Vorschlag im Gesetz verankern, der die finanzielle Verantwortung des Staates an der AHV

ans Umlagedefizit koppelt. Damit wären auf lange Sicht die Renten gesichert. Allerdings sorgte der «Schwarze Block» der FBP mit Assistenz der DU-Abgeordneten Elkuch, Hasler und Quaderer dafür, dass dieser Antrag von Christoph Wenaweser mit 12 Ja-Stimmen knapp scheiterte. Es ist damit keine 180°-Wende der VU – wie Pepo Frick behauptete – wenn sie jetzt fordert, dass sich der Staat wieder vermehrt und vor allem zielsicher um unser wichtigstes Sozialwerk kümmert. Das ist seit jeher ein Anliegen der VU.

Staatlicher Zwang in Weiss

Im weiteren Verlauf des Interviews sorgte Frick dann – wie sein Kollege von der FBP, Daniel Oehry – dafür, dass der Zuseher ein falsches Bild von der Verkehrspolitik bekommt. Demnach müsste Liechtenstein jetzt möglichst viele Alleingänge unternehmen, um Verkehrslösungen herbeizuführen. Dabei müsste es Frick besser wissen, dass gerade Insellösungen in der Verkehrspoli-

tik nicht zum Ziel führen. Doch offenbar war ihm danach, die Bemühungen von Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch, der derzeit mit dem Mobilitätskonzept 2030 beschäftigt ist und sich mit Wien bereits über Fortschritte im Verkehrsbereich austauschte, in ein schlechtes Licht zu rücken. Konstruktive Opposition sieht wahrlich anders aus.

Fazit: Ausser zahlreicher staatlicher Zwangsmassnahmen, um dem Bürger das Geld aus der Tasche zu ziehen und ihm die Verkehrsmittelwahl vorzuschreiben, bot Pepo Frick einmal mehr keine Lösungen an.

Die VU wird sich jedenfalls durch solch Weisses Rauschen nicht von ihrem Weg abbringen lassen: Mehr staatliches Engagement bei der AHV wird ein Teil des Bürgerpakets sein – und in Sachen Verkehrspolitik wird Daniel Risch realitätsbezogene und mit den Nachbarländern abgestimmte sowie mehrheitsfähige Lösungen auf den Tisch legen. ■



Günther Fritz
Parteipräsident

Kommentar

Und was sagt dann das Volk zur Rechnung?

Nach dem Nein des Stimmvolkes zum 83-Millionen-Kredit für einen Neubau des Landesspitals im Oktober 2011 steht Liechtenstein erneut vor einem Scherbenhaufen in der Spitalfrage. Nach dem Weggang der umsatzstärksten Belegärzte in die eigene Privatklinik in Bendern per Ende 2016 schwinden dem Landesspital die Fallzahlen. Und der Medicinova fehlt ein OKP-Vertrag für alle medizinischen Leistungsangebote. Der ruinöse Wettbewerb zeigt schmerzhaft, dass das Land für zwei Spitäler zu klein ist.

Das Gebot der Stunde wäre zweifellos ein Zusammengehen der beiden Kliniken. Die PwC-Studie favorisiert dabei die Variante B, das heisst den Umzug des Landesspitals nach Bendern und die Integration eines Belegarztsystems durch die Medicinova. Gesellschaftsminister Pedrazzini und das Landesspital bevorzugen inzwischen die Variante A, nämlich die Übernahme bzw. den Kauf der Medicinova durch das Landesspital. Beide Varianten sind in Bezug auf ihre Realisierbarkeit jedoch noch kaum beurteilbar. Denn mit einer gemeinsamen Infrastrukturlösung in Bendern sind vor dem Hintergrund der konfliktreichen Geschichte des Auseinandergehens die Probleme noch lange nicht gelöst.

Die Medicinova-Belegärzte wollen sich nach dem Weggang aus Vaduz ihre gewonnene Autonomie nicht nehmen lassen. Das Landesspital mit seinem Chefarztsystem muss hingegen darauf pochen, den Spitalbetrieb klar zu führen. Denn zur Einhaltung der Qualitätsstandards und Wahrung der Patientensicherheit müssen sich alle Ärzte an die gleichen Regeln halten. Hinzu kommt die Frage, wer künftig welchen Fachbereich exklusiv abdecken darf? Wer verzichtet und wer muss gehen? Können diese unterschiedlichen Kulturen in ein konstruktives Miteinander überführt werden?

Der finanzielle Leidensdruck bei der Medicinova scheint gross zu sein. Wird die Privatklinik deshalb zum Schnäppchenpreis zu haben sein? Was dürfte die Spitalimmobilie in Bendern den Steuerzahler überhaupt kosten, damit sich die Politik nicht der Kritik aussetzt, dass der Staat ein Unternehmen rettet, das sich aufgrund eines Grundlagenirrtums verspekuliert hat? Angesichts der Fülle ungeklärter Fragen überwiegt der Eindruck, dass Gesellschaftsminister Pedrazzini die Rechnung bisher ohne Wirt, nämlich die Verantwortlichen der Medicinova, gemacht hat. Und auch ohne Volk, das die Rechnung bezahlen muss. Um nach der nächsten Volksabstimmung über die Spitalfrage nicht wieder vor einem Scherbenhaufen zu stehen, braucht es mehr als eine Infrastrukturlösung, Herr Pedrazzini! ■